



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

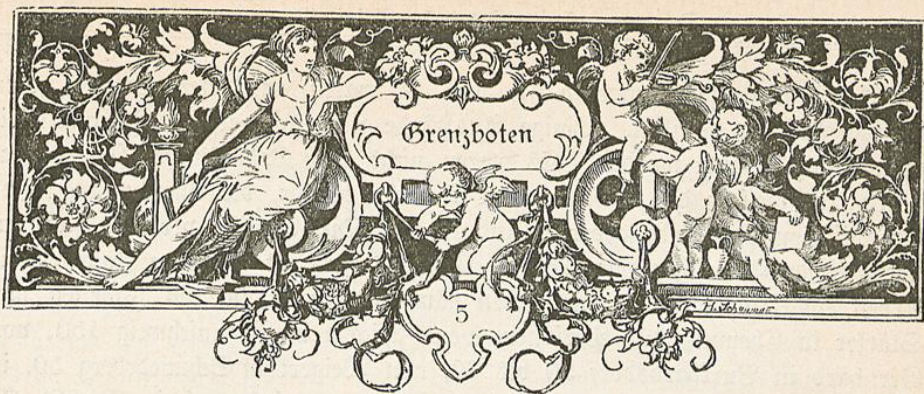
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung

In jeder Nummer des Reichsanzeigers werden bekanntlich seit geraumer Zeit die in den Lokalzeitungen täglich erscheinenden Berichte über die in unsrer Industrie veranstalteten Streiks und Arbeiterversammlungen zusammengestellt. Diese Einrichtung kann nicht dankbar genug anerkannt werden, denn sie giebt dem Sozialpolitiker Gelegenheit, sich unausgesetzt über den Stand der Arbeiterbewegung zu unterrichten. Wir fassen im Nachstehenden aus jenen Berichten das Wesentlichste zusammen, um einen Überblick über die in der letzten Zeit zum Durchbruche gekommenen Bestrebungen zu geben. Denn wenn diese auch nicht in gleichem Maße wie der große Streik der Bergarbeiter die öffentliche Meinung erregt haben, so lassen sie doch die nächsten Ziele der sozialdemokratischen Agitation nicht minder erkennen, als auf welchem Wege der endliche Sieg dieser Partei erreicht werden soll.

Überblickt man das vorige Jahr, so zeigt sich, daß die Bewegung nach außen hin gegen früher an Stärke verloren hat. Es ist dies vor allem als eine Folge der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar anzusehen. Aber auch die Energie, die die Arbeitgeber gegen die Demonstration des 1. Mai entwickelt haben, hat die Arbeiter zu größerer Ruhe und Besonnenheit gebracht, sodaß trotz der Aufhebung des Sozialistengesetzes, abgesehen von den nicht sehr bedeutenden Ausschreitungen in Sprottau, auch die öffentliche Ordnung nicht gestört worden ist. Die Führer der Sozialdemokratie haben überdies erklärt, daß sie versuchen wollen, ihre Ziele zunächst auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Erst im letzten Vierteljahr ist die Bewegung wieder etwas lebhafter geworden, und es verlohnt sich, auf die Vorkommnisse näher einzugehen.

Zunächst hat es in dem letzten Vierteljahre nicht an Streiks gefehlt. Nach den Berichten kann man berechnen, daß in mehr als fünfzig Fabriken

die Arbeit niedergelegt worden ist, und es waren an diesen Streiks gegen 10000 Arbeiter beteiligt. Einige Ausstände sind mit großer Hartnäckigkeit monatelang geführt worden. Es waren nicht bloß Lohnkämpfe, sondern daneben trat vielfach das Bestreben der Arbeiter hervor, die Anerkennung ihrer Organisation dem Arbeitgeber aufzudrängen. Die Streiks verteilen sich auf nachstehende Gewerkszweige. In der Textilindustrie ist in sieben Fabriken die Arbeit eingestellt worden. Es haben nämlich gestreikt in den Fabriken von Stärker in Chemnitz 325 Personen, von Zwickert in Braunschweig 150, von Bernhard in Burkhardtsdorf 50 bis 60, von Weigert in Schmiedeberg 50, in einer Weberei in Aachen 35, in einer Baumwollenspinnerei in Rochlitz 20 und sämtliche Arbeiter der „Leipziger Baumwollweberei“ zu Wolfenbürg. In der Metallindustrie ist der Streik der Taschen- und Federmesserschleifer in Solingen zu verzeichnen, der gegen tausend Familien in Mitleidenschaft zog und vier Wochen dauerte. Von dem Verbandsorgane der westfälischen Bergarbeiter wurde zwar mehrfach mit einem Streik gedroht, auch machten sie bei jeder Gelegenheit ihre bekannten Forderungen geltend; doch haben nur bei Sprockhövel auf der Zeche Blankenburg etwa 300 Mann die Arbeit niedergelegt. Die Befürchtung, daß dadurch ein allgemeiner Ausstand eingeleitet werden würde, ist nicht eingetroffen. Stärker war die Bewegung wieder in der Zigarrenfabrikation. Ein Streik in Liegnitz in der Fabrik von Conrad war allerdings nur von kurzer Dauer; dagegen wurde mit großer Hartnäckigkeit in den Fabriken in Eschwege drei Monate lang gestreikt; die Zahl der Ausständigen betrug beinahe 300. Noch erbitterter wurde in Hamburg und Altona gekämpft. Dort stellten in 27 Fabriken über 3000 Personen die Arbeit ein; dieser Streik, der größte des Vierteljahrs, ist noch immer nicht beigelegt. In der Lederindustrie streikten die Schuhmacher in Eisenach, Bockenheim und Weimar, in allen diesen Fällen handelt es sich um Schuhfabriken mit Maschinenbetrieb. Eine bedeutende Arbeitseinstellung ist weiter aus Erfurt zu verzeichnen. Zwei Drittel der dortigen Schuhfabriken waren genötigt, ihre Werkstätten zu schließen, 2000 Arbeiter waren an diesem Ausstande, der sich ebenfalls wochenlang hinzog, beteiligt. Gestreikt wurde endlich auch noch von den Buchbindergehilfen in Hannover, den Holz- und Pantoffelarbeitern in Schmölln, den Rahmenvergoldern in Berlin, den Tischlern in Hannover, den Kunsttischlern der Firma Dahmen in Elberfeld, den Glasarbeitern in Bergeedorf und Ottensen, den Töpfern in Meißen und Berlin und den Zimmerleuten in Osterburg bei Magdeburg. Die Zahl der ausständigen Töpfergesellen in Berlin betrug 400, bei den übrigen zuletztgenannten Gewerkszweigen war die Beteiligung wesentlich schwächer. Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen wurden noch von den Goldarbeitern in Berlin geführt; es kam aber zu keinem Streik, wie denn überhaupt in Berlin die Bewegung am meisten nachgelassen hat.

Die meisten dieser Streiks waren selbstverständlich in erster Linie Lohnkämpfe. In Schmöln, Chemnitz, Solingen, Hamburg wurde gestreikt, weil die verdienten Löhne nicht für auskömmlich angesehen wurden. Es wurden Lohnerhöhungen bis zu 20 Prozent beansprucht. In Meissen gab die Einführung eines neuen Lohn tariffs, mit dem die Arbeiter nicht einverstanden waren, in Burthardsdorf und Schmiedeberg Lohnherabsetzungen den Anlaß. Bei den Berliner Vergoldern wurde außer einer Lohnerhöhung um 10 Prozent noch um die Erreichung einer neunstündigen Arbeitszeit gekämpft. Auf der Zeche Blankenburg gab die Entlassung von drei Arbeitern, wahrscheinlich Delegirten, Veranlassung zur Niederlegung der Arbeit. In Erfurt wurde den Arbeitgebern ebenfalls das Recht bestritten, Arbeiter, die zur Organisation gehören, zu entlassen. In Eschwege wurde gestreikt, weil die Arbeitgeber von ihren Arbeitern den Austritt aus dem Bremer Fachverein forderten. In Hamburg verlangten umgekehrt die Arbeiter von den Fabrikanten, daß sie nur solche Arbeiter künftig beschäftigen sollten, die zur Organisation gehören. In den meisten Fällen stand der raschen Beilegung der Streiks im Wege, daß die Wiedereinstellung aller ausgesperrten Arbeiter erzwungen werden sollte.

Die Streiks sind aller Wahrscheinlichkeit nach namentlich von sozialdemokratischen Arbeitern ausgegangen. Verfügt hat jedoch die Parteileitung angeblich nur den Ausstand der Töpfer. Im allgemeinen kamen die Streiks der Parteileitung ungelegen, da die Streikkassen leer waren und von den Arbeitern um Weihnachten nichts zu erlangen war. Doch wurde die Durchführung der Ausstände in Bergedorf, Eschwege, Erfurt, Hamburg, nachdem sie einmal ausgebrochen waren, zur Parteisache erklärt und mit allen Kräften unterstützt. Die nach Solingen gezahlten Unterstützungsgelder werden für die ganze Ausstandszeit auf 36000 Mark geschätzt. Die Unterstützung der in Hamburg ausgesperrten 3000 Personen mit 1800 Kindern soll allein wöchentlich gegen 31000 Mark in Anspruch nehmen.

Der Ausgang der Streiks ist verschieden gewesen. Auf der Zeche Blankenburg wurden infolge Vermittelung des königlichen Oberbergamts in Dortmund die drei abgelegten Arbeiter von der Grubenverwaltung zunächst wieder angenommen. Die Streiks der Töpfer nahmen nach einzelnen Berichten angeblich einen glänzenden Verlauf, indem die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzten. In der Zwickertschen Fabrik in Braunschweig einigten sich die Streikenden bald wieder mit ihrem Brotherrn. In Chemnitz wurde die Fabrik von Stärker geschlossen und in Eschwege ein Teil der Produktion nach auswärts verlegt. In Solingen und Erfurt lehrten die Arbeiter nach und nach freiwillig zur Arbeit zurück. In Erfurt fehlen nur noch 230 Personen. In Eschwege gelang es den Fabrikanten, die Parteiorganisation zu sprengen. Über den Ausgang der übrigen Streiks wird nichts berichtet. Noch nicht beendet

ist, wie gesagt, der Ausstand der Tabakarbeiter in Hamburg. Angeblich soll noch genug Geld in den Streikkassen vorhanden sein.

In den letzten Tagen haben nun weiter in Hamburg und Altona auf den Rheidereien die Feuerleute, in Mainz die Schreiner, in Halle in der Heylandtschen Bieberei die Former und in Oberschlesien die Belegschaft des Schmiedeschachtes die Arbeit niedergelegt. Die Streikepidemie ist also noch keineswegs als gänzlich erloschen anzusehen. Die zuletztgenannten Ausstände scheinen übrigens, wie die Ausdrücke in der Parteisprache lauten, mehr Abwehr- als Angriffsstreiks zu sein.

Die Arbeiterbewegung des verflossenen Vierteljahres darf aber nicht bloß nach den Streiks beurteilt werden. Wichtiger sind noch die Bemühungen, die durch das Sozialistengesetz zum Teil zerstörte Organisation wieder herzustellen. Diese ist bekanntlich eine zweifache, eine fachgewerbliche und eine politische. Die erstere dient lediglich dazu, die Arbeiter der Partei zuzuführen. Die politische Organisation, die auf der Einrichtung der Vertrauensmänner beruht, die bezirksweise gewählt werden, konnte während der Dauer des Sozialistengesetzes nur sehr lose sein. Es sind nun Versuche gemacht worden, sie straffer einzurichten. Neue örtliche Fachvereine sind zunächst gegründet worden in Leipzig von den Metallarbeitern, von den Wachstuch- und Tapetenarbeitern und den Steinmetzgehilfen, in Saarbrücken von den Töpfern. Die Anzahl der Gründungen dürfte jedenfalls noch größer sein, als bekannt geworden ist. Außerdem machten sich in einzelnen Gewerbszweigen Bestrebungen geltend, die örtlichen Fachvereine zu allgemeinen, über ganz Deutschland gehenden Verbänden zusammenzuschließen. Zu diesem Zwecke kamen Abgeordnete der Tischler, Buchbinder, Schuhmacher, Textilarbeiter, Wachstucharbeiter und Metallarbeiter der Provinzen Pommern und Brandenburg in Hannover, Magdeburg, Weisensels, Cottbus, Einbeck und Berlin zusammen. Auf all diesen Versammlungen wurden Resolutionen in dem gedachten Sinne angenommen.

Schwieriger als die fachgewerbliche ist ohne Zweifel die politische Organisation durchzuführen. Die erste Sorge der Parteileitung war daher, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes einen festen Organisationsplan aufzustellen. Dieser wurde dann dem Sozialistenkongreß in Halle vorgelegt und angenommen. Dieser Kongreß bildet im verflossenen Vierteljahre den Höhepunkt der Bewegung. Außerdem wurden in den einzelnen Provinzen, wie Brandenburg, Sachsen, Hannover, Rheinland, Westfalen und Hessen, Parteitage, in einer Reihe größerer Städte, wie Berlin, Magdeburg, Solingen, Bochum, Essen, Barmen, Zwickau, auch Volksversammlungen abgehalten. Auch auf diesen Zusammenkünften waren der Organisationsentwurf und die Gründung von Parteiblättern Hauptgegenstände der Beratung. Nach diesen Richtungen hat es also die Partei an Agitation nicht fehlen lassen, vielmehr eine fast fieberhaft zu nennende Thätig-

keit entwickelt. Ob nun in der politischen Organisation wirkliche Fortschritte zu verzeichnen sind, läßt sich aus jenen Berichten nicht erkennen. In Baiern und Sachsen wird sie durch die dort geltenden Vereinsgesetze, wie auf dem Sozialistenkongreß in Halle hervorgehoben worden ist, ungemein erschwert; dort wird es also auch ferner im ganzen bei einer loseren Organisation sein Bewenden haben müssen. Am energischsten scheinen die Textilarbeiter der Provinz Brandenburg die Organisation zu betreiben. Sie haben schon auf der erwähnten Versammlung in Kottbus, wo 13 Orte durch 35 Abgeordnete vertreten waren, einen Vertrauensmann für jeden Ort und einen für die gesamte Provinz gewählt.

Im übrigen scheint die örtliche Agitation jetzt aus den Versammlungen, von denen es heißt, daß sie schlecht besucht seien, mehr in die Werkstuben verlegt zu werden, wodurch man größere Erfolge zu erreichen hofft.

Aber nicht alle Berichte für die sozialdemokratische Bewegung lauten günstig. Zum Beispiel steht es in Leipzig innerhalb des Tischlerverbandes mit der Organisation angeblich „dürftig.“ In Berlin haben sich von 20 000 Kellnern nur 250 dem Vereine der Gastwirtsgehilfen angeschlossen. Die Arbeitslosigkeit nimmt in den großen Städten zu, in Berlin sollen 50 000 Personen ohne Beschäftigung sein. Es soll den Vertrauensmännern bereits schwer werden, die üblichen Bonus zum besten der Parteikasse regelmäßig abzunehmen und zu bezahlen. Selbst in den großen Mittelpunkten, wo die Parteidisziplin tiefer wurzelt als anderswo, bedarf es der ganzen Energie der mit diesem Geschäfte betrauten Genossen, um die stetig zunehmende Lauheit nicht in offenen Widerstand ausarten zu lassen. Hierzu kommt der noch nicht ganz beendete Streit zwischen den „Alten“ und den „Jungen.“ Die Bewegung hat also selbst in den Kreisen der zu ihr hinneigenden Arbeiter noch Schwierigkeiten und Gegensätze mancherlei Art zu überwinden.

Trotzdem hat die Parteileitung den Beschluß gefaßt, die Agitation weiter und zwar noch auf das flache Land auszudehnen. Zunächst ist man bemüht gewesen, die hierfür geeigneten Personen auszufuchen und in den Berliner „Diskutirkubs“ auszubilden. Große Erfolge sind jedoch, das lassen die Berichte durchblicken, noch nicht zu verzeichnen.

Bemerkenswert ist, daß gegenüber der Sozialdemokratie mit ihren religiösen und politischen Irrlehren auch eine Bewegung unter den Arbeitern an Boden gewinnt, die Religion und Politik von der Erörterung ausschließt und nur die Hebung mißlicher Erverbsverhältnisse bezweckt. In diesem Sinne wird eine Organisation der gewerblichen Arbeiter in Mainz versucht. Einen ähnlichen Standpunkt nimmt namentlich die Mehrzahl der Bergarbeiter ein, wie dies auf ihrer Versammlung in Halle zum Ausdruck gekommen ist. Dasselbe gilt von den Zieglern im Lippischen. Auch der allgemeine Verband der Brauergehilfen hat auf einer in Hamburg abgehaltenen Versammlung gegen die sozial-

demokratischen Bestrebungen Front gemacht. Hier und da, wie in Halberstadt, sind auch „Königstreue Arbeitervereine“ gegründet worden. Auch die „Evangelischen Arbeitervereine“ zeigen eine erfreuliche Zunahme. Ihre Zahl beläuft sich jetzt auf 183 mit 40 bis 50000 Mitgliedern. Auch die katholischen Arbeitervereine gewinnen anscheinend an Ausdehnung. Doch darüber ist nach den Berichten kein Zweifel: von einem wesentlichen Abbruche der sozialdemokratischen Bewegung im allgemeinen kann noch nicht die Rede sein. Daß sich demgegenüber auch die Arbeitgeber zusammenschließen fortfahren, ist selbstverständlich. Insbesondere wird dies von dem Baugewerbe zu Magdeburg berichtet.

Es ist nun doch fraglich, ob der Staat ruhig zusehen darf, wie die Spaltung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern infolge jener Organisation täglich zunimmt und in dem wirtschaftlichen Kampfe alles in Machtfrage umgesetzt werden soll. Freilich wird der Arbeiter selbst bei der besten Organisation schließlich unterliegen, wenn er den Bogen zu straff spannt. Aber durch eine solche Katastrophe würden auch die Lebensbedingungen weitester Kreise gefährdet werden. Niemand wird sie wünschen. Glücklicherweise fehlt es in dem verflossenen Vierteljahre nicht an Anzeichen, daß nicht allen Arbeiterkreisen die Besonnenheit abhanden gekommen ist. So haben die Korbmacher Leipzigs der von ihr kürzlich gebildeten Lohnkommission ausdrücklich zur Pflicht gemacht, bei ihren Verhandlungen mit den Arbeitgebern die Forderungen nicht zu hoch zu stellen, sondern auf eine gütliche Auseinandersetzung bedacht zu sein. Doch ist bis jetzt ein solches Verfahren nur als eine Ausnahme anzusehen. Meist behalten die radikalen Elemente die Oberhand. Es erscheint daher wohl gefährlich, wenn sich einmal eine gewisse Organisation der Arbeiter nicht ausdrücken läßt, sie ausschließlich den Agitatoren zu überlassen, die lediglich das einseitige Interesse haben, sie als Kampfmittel, statt zur Versöhnung der Gegensätze, zu gebrauchen. Wo wie in Solingen der Streik mit besondrer Heftigkeit geführt worden ist, haben daher die Verhältnisse von selbst zur Bildung von Vergleichskammern geführt. Auch die Arbeiter und die Arbeitgeber der Berliner Stockfabrikation haben zur Verhütung von Ausständen ein Einigungsamt zu bilden beschlossen. Mehr noch als von Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung hängt die Vermeidung jeder Katastrophe davon ab, ob es gelingen wird, die nach Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht mehr zu verhindernde Organisation der Arbeiter den sozialdemokratischen Agitatoren abzunehmen. So lange dies nicht geschieht, wird die Arbeiterbewegung eine stete Gefahr für die Nation bleiben.

